

Wer vertritt die Schweizer Arbeitnehmer?

Zentrale Politikdossiers produzieren eine Kluft zwischen den streitbaren Gewerkschaften und moderaten Angestelltenverbänden



Bau- und Fabrikarbeiter neigen eher zu Gewerkschaftaktivitäten als Personen aus dem Dienstleistungssektor.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

HANSUELI SCHÖCHLI

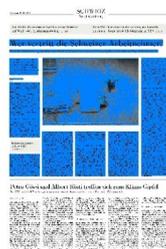
Klassische Gewerkschaften und gemässigte Angestelltenverbände driften auseinander. Die Gewerkschaften sind lauter und grösser, doch sie politisieren zum Teil an der Mehrheit der Arbeitnehmer vorbei.

Wer kann für die Arbeitnehmer in der Schweiz sprechen? Die Frage ist in den letzten Jahren virulenter geworden, seit gemässigte Angestelltenverbände ihre

politischen Aktivitäten in einer Plattform gebündelt haben und dadurch besser sichtbar geworden sind. Die Unterschiede dieser Angestelltenverbände zu den streitbaren Gewerkschaften sind nun augenfällig. Die besagte Plattform vereinigt unter anderem den Kaufmännischen Verband Schweiz, Angestellte Schweiz und die Schweizer Kader-Organisation. Die beteiligten Organisationen vertreten total rund 88 000 Angestellte.

Renten, Arbeitszeiten, Europa

Das jüngste Intermezzo lieferte Stefan Studer, Geschäftsführer von Angestellte Schweiz: Er erklärte in der «NZZ am Sonntag», dass die Schweiz das ordentliche Rentenalter an die steigende Lebenserwartung anpassen sollte. Diese Stellungnahme war nicht neu, doch eine Woche vor dem Urnengang über das Paket Firmensteuern/AHV sah sich der Gewerkschaftsbund genötigt, den «ungebrochenen» Widerstand der Gewerkschafter gegen die Erhöhung des Ren-



tenalters zu bekräftigen. Nicht fehlen durfte auch der Hinweis der Gewerkschafter, dass Angestellte Schweiz nur ein «kleiner» Verband sei.

Laut Studer ist seine Haltung zum Rentenalter noch nicht mit der ganzen Plattform der Angestelltenverbände konsolidiert. Die Plattform hat sich aber in der Rentenfrage schon in der Vergangenheit deutlich von der Position der Gewerkschaften abgegrenzt. So empfahl sie zum Beispiel 2017 nach dem Scheitern der Rentenreform an der Urne unter anderem die Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 und die Senkung des Umwandlungssatzes der Pensionskassen.

Gross sind die Unterschiede auch in der laufenden Debatte um die Lockerung der Arbeitszeitregeln für gewisse Fach- und Führungskräfte. Während die Plattform der Angestelltenverbände eine Flexibilisierung wünscht und dem jüngsten Vorschlag der ständerätlichen Wirtschaftskommission Wohlwollen entgegenbringt, kämpfen die Gewerkschaften mit Schützengraben-Rhetorik gegen jede Lockerung. Und in der Kontroverse um den vorgeschlagenen Rahmenvertrag Schweiz - EU machen die Gewerkschaften auf Fundamentalopposition, während die Angestelltenverbände den Vertrag als «gutes Verhandlungsergebnis» werten.

82 Prozent sind nicht dabei

Gemessen an den Mitgliederzahlen sind die Verhältnisse klar. Der Gewerkschaftsbund (SGB) zählt 16 Einzelgewerkschaften mit total rund 380 000 Mitgliedern. Hinzu kommt die Dachgewerkschaft Travailsuisse, die trotz etwas sanfterer Rhetorik inhaltlich oft

nahe beim SGB ist. Travailsuisse zählt zehn Mitgliederverbände mit total rund 150 000 Angestellten.

Mit insgesamt 530 000 Mitgliedern sind die beiden grossen Dachgewerkschaften zusammen etwa sechsmal so mitgliederstark wie die Plattform der Angestelltenverbände. Die beiden Dachgewerkschaften haben somit weit grössere finanzielle Mittel für Referenden und sonstige Kampagnen, was ihnen bei gewissen Themen eher eine politische Blockademacht verschafft und die Politik zum Versuch der Einbindung inspiriert. So sind zum Beispiel in den laufenden Sozialpartnergesprächen zur Zukunft der zweiten Säule in der Altersvorsorge seitens der Arbeitnehmer nur die beiden Dachgewerkschaften vertreten, nicht aber die moderaten Angestelltenverbände. Doch ob eher die Streitbaren oder die Zurückhaltenden das Gros der Angestellten in der Schweiz vertreten, ist eine ganz andere Frage. Hierfür ist nicht die Zahl der Mitglieder entscheidend, sondern vielmehr, wer am ehesten für die über 80 Prozent der Angestellten sprechen kann, die überhaupt nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

Der Organisationsgrad der Angestellten hat sich in den letzten 50 bis 60 Jahren etwa halbiert – auf 18 Prozent. Ein Ende dieses Rückgangs ist noch nicht abzusehen. Dies ist vor allem eine Folge des Strukturwandels in der Wirtschaft, mit der steigenden Bedeutung des Dienstleistungssektors und der Zunahme des Anteils der hochqualifizierten Beschäftigten. Kurz gesagt: Software-Ingenieure und Wirtschaftsprüfer neigen weniger zu Gewerkschaftsaktivitäten als Bau- oder Fabrikarbeiter.

Harter Kampf um Mitglieder

«Die Gewerkschaften stehen in einem existenziellen Kampf gegen den Mitgliederschwind und versuchen deshalb, mit markigen Gegenpositionen aufzufallen», sagt Lukas Golder, Leiter des Forschungsinstituts GfS Bern. In diversen Volksabstimmungen der letzten Jahre über klassische Arbeitnehmerthemen sind die Dachgewerkschaften tatsächlich aufgefallen, doch sie haben an der Mehrheit der Angestellten vorbeipolitisiert. So wurde zum Beispiel die vom Gewerkschaftsbund lancierte Mindestlohninitiative 2014 an der Urne gemäss Nachbefragung für die Vox-Analyse von 80 Prozent der Angestellten in der Privatwirtschaft und von zwei Dritteln der Angestellten im öffentlichen Sektor abgelehnt. 2013 sagten gut 70 Prozent der Angestellten in der Privatwirtschaft Nein zur 1:12-Initiative der Jungsozialisten, die vom Gewerkschaftsbund unterstützt worden war. 57 Prozent der öffentlichen Angestellten lehnten jene Initiative ab. Auch die von der Gewerkschaft Travailsuisse lancierte Volksinitiative für ein gesetzliches Minimum von sechs Wochen Ferien fiel 2012 an der Urne bei einer Mehrheit der Angestellten durch (mit einem Nein-Anteil von rund 60 Prozent).

Der Verband Angestellte Schweiz hatte laut seinem Geschäftsführer Stefan Studer die beiden erstgenannten Volksinitiativen abgelehnt. Die Ferieninitiative habe man «zähneknirschend» unterstützt, weil der Verband damals noch zu Travailsuisse gehörte. Die Differenzen bei jener Vorlage waren laut Studer eines jener Elemente, die zum Austritt von Angestellte Schweiz aus der Dachgewerkschaft führten.